

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Gottwald (LINKE)

vom 02. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dezember 2020)

zum Thema:

Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo)

und **Antwort** vom 14. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Dez. 2020)

Frau Abgeordnete Gabriele Gottwald (Linke)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 791
vom 02. Dezember 2020
über Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft in Bezug auf die Frage 4. Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Bezirke um Stellungnahmen gebeten, die dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie werden in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Welche Ziele sind mit der Erstellung von Sozialen Infrastruktur-Konzepten (SIKo) verbunden?

Antwort zu 1:

Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo) dienen der stadtplanerischen Flächenvorsorge für die soziale und grüne Infrastruktur und setzen dabei auf den jeweils fortgeschriebenen fachlichen Entwicklungsplanungen (z.B. Kita- oder Schulentwicklungsplanung) auf. Das wesentliche Ergebnis eines SIKo ist die fachübergreifend abgestimmte SIKo-Flächen- und Maßnahmenplanung, deren Bindungswirkung mindestens über einen BA-Beschluss abgesichert werden soll. Ziel der SIKo-Erstellung ist eine abgestimmte Grundlage für eine integrierte Flächen- und Finanzplanung. Daraus lassen sich insbesondere Aussagen zu erforderlichen bzw. zu sichernden Flächen ableiten, Flächenkonkurrenzen identifizieren und Lösung aufzeigen, sowie Aussagen zum Finanzbedarf in Hinblick auf die Haushaltsplanung treffen.

Frage 2:

Handelt es sich bei den SIKo um formelle oder informelle Planungen und für wen entfalten diese Planungen welche Verbindlichkeit?

Antwort zu 2:

Ein SIKo ist eine informelle Planung des jeweiligen Bezirks. Anders als beispielsweise beim formellen Instrument des Bebauungsplans gibt es für das SIKo keine gesetzlichen Vorgaben, wann bzw. wie ein SIKo aufzustellen ist. Gleichwohl gibt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen als SIKo-Prozessbegleitung Bearbeitungsvorgaben und -hinweise zur Erstellung der SIKo durch die Berliner Bezirke heraus. In diesen wird u.a. vorgegeben, dass die informellen Planungen der SIKo durch einen BA- oder BVV-Beschluss zu bestätigen sind. Das SIKo wirkt entsprechend selbstbindend für die Bezirksverwaltung, entfaltet jedoch keine bindende Außenwirkung (keine unmittelbare rechtliche Wirkung auf andere Planungsinstanzen oder Bürgerinnen und Bürger). Die Ergebnisse eines beschlossenen SIKo müssen bspw. bei der Aufstellung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden (entsprechend § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB).

Frage 3:

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, in den jeweiligen Bezirksregionen Gemeinbedarfsflächen planungsrechtlich auszuweisen und zu sichern?

Antwort zu 3:

Eine planungsrechtliche Sicherung von Flächen kann über die vorbereitende sowie über die verbindliche Bauleitplanung (§ 1 Abs. 2 BauGB) stattfinden, also durch Darstellung im Flächennutzungsplan (FNP) bzw. Festsetzung im Bebauungsplan (B-Plan). Darüber hinaus besteht in Berlin entsprechend der AV-BEP vom 06.02.2017 die Möglichkeit, Flächen über eine Bereichsentwicklungsplanung (BEP) planungsrechtlich zu sichern. Die BEP ist maßstäblich zwischen FNP und B-Plan angesiedelt und ist verwaltungsintern bindend sowie in der verbindlichen Bauleitplanung bei der Abwägung zu berücksichtigen. Zur liegenschaftspolitischen Sicherung von Flächen stehen unabhängig davon unterschiedliche Instrumente zur Verfügung (bspw. Umlegung oder Ausübung von Vorkaufsrechten). Daneben stellt auch die Clusterung im Rahmen der Berliner Liegenschaftspolitik eine liegenschaftspolitische Sicherung von Gemeinbedarfsflächen dar.

Frage 4:

In wie vielen Fällen wurde in Berlin seit 2016 das Vorkaufsrecht für Flächen ausgeübt, für die im B-Plan öffentliche Zwecke (insbesondere für Gemeinbedarf, Verkehr und Versorgung und Grünflächen) festgesetzt wurden?

Antwort zu 4:

Die Ausübung von Vorkaufsrechten erfolgt i.d.R. durch die Bezirke. Die Rückmeldungen aus den Bezirksämtern zur o.a. Frage sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

Bezirk	Anzahl	Bemerkung
01 Mitte	7	(keine weiteren Hinweise genannt)
02 Friedrichshain-Kreuzberg	k. A.	(keine Rückmeldung erfolgt)
03 Pankow	12	7 Flächen, für die im B-Plan öffentliche Zwecke festgesetzt wurde; 4 Grundstücke im im Geltungsbereich der Verordnung über ein Vorkaufsrecht des Landes Berlin an Grundstücken innerhalb der Gebiete Böttgerstraßenviertel im Bezirk Mitte, Ortsteil Gesundbrunnen, und Langhansstraße im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee vom 24. September 2019; 1 Grundstück Geltungsbereich des Gebietes, für das am 30.08.2016 vom Berliner Senat die Durchführung von Vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen wurde
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0	(Fehlanzeige)
05 Spandau	38	Vorkaufsrechte gem. § 24 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch ausgeübt, bzw. Abwendungsvereinbarungen abgeschlossen
06 Steglitz-Zehlendorf	5	Verkehrsflächen
07 Tempelhof-Schöneberg	2	2016 und 2017 je eine Verkehrsfläche, die Ausübung des Vorkaufsrechts für eine weitere Verkehrsfläche befindet sich aktuell in Bearbeitung
08 Neukölln	0	(Fehlanzeige)
09 Treptow-Köpenick	14	2016-2018 je drei Flächen, 2019 zwei Flächen, 2030 drei Flächen (im B-Plan festgesetzte Verkehrsflächen)
10 Marzahn-Hellersdorf	k. A.	In Kürze der Zeit keine Antwort möglich; Flächensicherung überwiegenden auf Flächen des Landes Berlin; in den vergangenen Jahren nur vereinzelt Vorkaufsrechte für festgesetzte öffentliche Straßenverkehrsflächen in Bebauungsplänen ausgeübt
11 Lichtenberg	0	Inanspruchnahme der erforderlichen privaten Flächen erfolgte auf der Grundlage von städtebaulichen Verträgen
12 Reinickendorf	1	2018 zur Sicherung von Gemeinbedarfsflächen (Grünanlage/Uferwanderweg)

Frage 5:

Welche Bezirke haben wann letztmals ein SIKo aufgestellt? Welche formellen und inhaltlichen Vorgaben waren dabei zu beachten?

Antwort zu 5:

Durch alle Bezirke wurden ab 2016 SIKo erarbeitet und mit Ausnahme von Charlottenburg-Wilmersdorf bis 2017/2018 abgeschlossen.

Für die Erstellung der SIKo in den Bezirken wurden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen „Grundsätze zur Entwicklungsplanung der sozialen und grünen Infrastruktur“ und „Prinzipien für die Erstellung und Abstimmung von bezirklichen Soziale Infrastrukturkonzepten“ erarbeitet, die vom Senat und vom Rat der Bürgermeister im März 2017 zustimmend zur Kenntnis genommen worden sind. Für eine gesamtstädtische

Vergleichbarkeit der SIKo wurden von der prozessbegleitenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen für die Bearbeitung Vorgaben zur Gliederung, zur Darstellungssystematik und zur Aufbereitung von einheitlich zu verwendenden SIKo-Kerndaten definiert.

Grundsätzlich ersetzt das SIKo keine Fachplanungen, sondern setzt auf diesen auf und führt sie zu einer integrierten räumlichen Planung zusammen. Die SIKo waren mindestens für öffentliche Kindertagesstätten, öffentliche Schulen und öffentliche Kernsportanlagen zu erarbeiten; sie sollten im Ergebnis die fachämterübergreifend abgestimmten Handlungsbedarfe (Planungen) konkretisiert in ihren flächenmäßigen Auswirkungen aufzeigen.

Durch die federführenden Stadtentwicklungsämter waren die zuständigen Fachämter in die SIKo-Erstellung der Bezirke verbindlich einzubeziehen.

Zur Herbeiführung von Verbindlichkeit waren die SIKo nach ihrer Fertigstellung mindestens von den jeweiligen Bezirksämtern (BA) zu beschließen (ggf. auch Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)). Die Veröffentlichung der SIKo erfolgte eigenständig durch die Bezirke.

Siehe auch <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/de/bezirke/index.shtml>

Frage 6:

In welchen Bezirken werden die SIKo derzeit überarbeitet und wann ist mit einer Fertigstellung zu rechnen? Haben sich die formellen und inhaltlichen Vorgaben des Senates seit der letzten Erstellung verändert?

Antwort zu 6:

Mit der SIKo-Fortschreibung 2020/21 haben in 2020 die Bezirke Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Marzahn-Hellersdorf begonnen. In Lichtenberg wurde in 2020 die Erarbeitung eines Soziale Infrastruktur-Reports zur Beförderung von Mehrfachnutzung unter Verwendung von SIKo-Grundlagen und -Elementen gestartet. Für die anderen Bezirke geht SenStadtWohn vom Start der SIKo-Fortschreibung in 2021 aus. Die Fertigstellung der SIKo-Fortschreibung wird für Ende 2021 angestrebt.

Für die SIKo-Fortschreibung wurden von der prozessbegleitenden SenStadtWohn in Abstimmung mit den beteiligten Senatsverwaltungen und unter Mitwirkung der Bezirke „SIKo-Bearbeitungsvorgaben und -hinweise“ erstellt. Diese basieren auf den Erkenntnissen aus dem SIKo-2016-Prozess und sind auf den Arbeitsprozess der „Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung“ (SIIP) abgestimmt.

Frage 7:

Gibt es für die SIKo der Bezirke eine zusammenfassende Berichterstattung durch den Senat? Welches sind die wesentlichen Erkenntnisse aus den bezirklichen Konzepten und welche Handlungsperspektive ergibt sich?

Antwort zu 7:

Eine gesamtstädtische Zusammenfassung der SIKo der Bezirke durch SenStadtWohn erfolgt für Daten (Übersicht in tabellarischer Form sowie gesamtstädtische Karten). Dies setzt voraus, dass die Bezirke die Ergebnisdaten der SIKo-Fortschreibung 2020/21 zur SIKo-Flächen- und Maßnahmenplanung in der vorgegebenen Struktur an SenStadtWohn übermitteln.

Die Erfahrungen aus dem bisherigen Arbeitsprozess der SIKo wurden u.a. in Fachgesprächen mit den Bezirksämtern und beteiligten Senatsfachverwaltungen erörtert und sind in die Erstellung der „Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung“ eingeflossen. Wesentliche Erkenntnisse, die in der weiteren Handlungsperspektive für die SIKo berücksichtigt werden, sind u.a.

- die Harmonisierung von Planungsgrundlagen und -verfahren,
- ein optimiertes SIKo-Datenmanagement auf Basis des Soziale Infrastruktur-Flächeninformationssystem (SoFIS),
- die Beförderung von Mehrfachnutzungen und der Flächenbereitstellung sowie
- die Weiterentwicklung einer Infrastrukturkoordination.

Für die sich ab 2020 in Bearbeitung befindlichen Konzepte können Erkenntnisse und Handlungsperspektiven erst nach deren Fertigstellung angeführt werden.

Berlin, den 14.12.2020

In Vertretung

Lüscher

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen